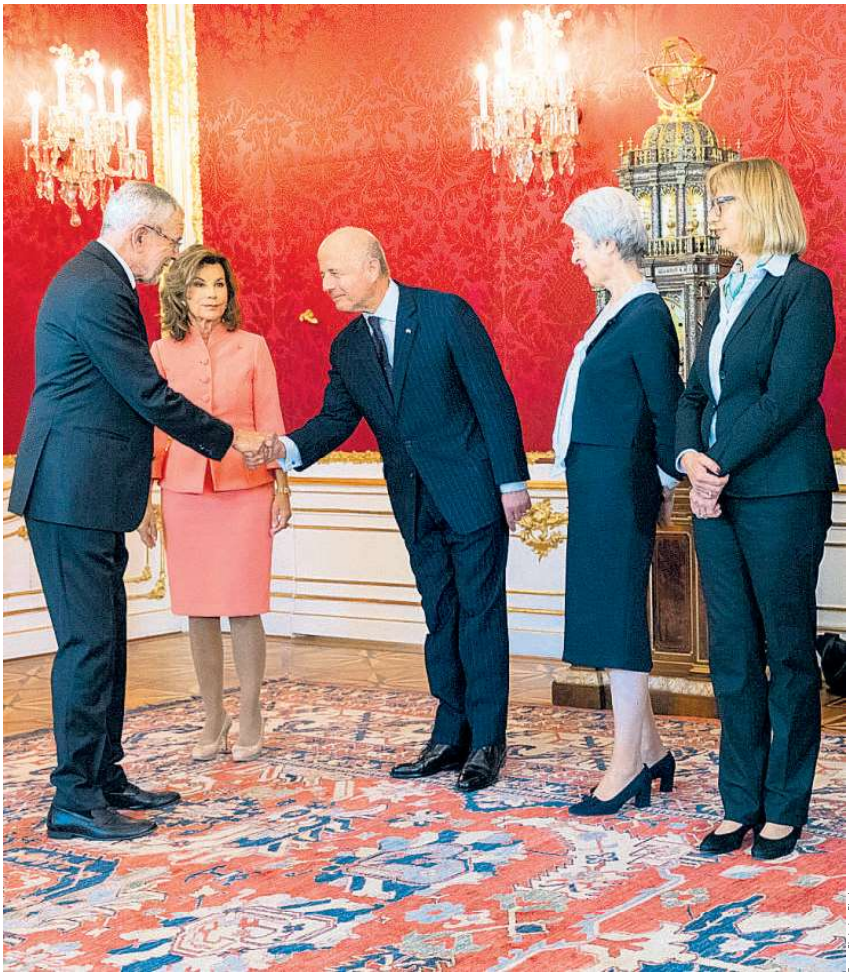
Bilanz Expertenregierung | Gekommen, um (vorerst) zu bleiben



Ich gelobe! Bundespräsident Alexander Van der Bellen gelobte die Regierung von Kanzlerin Brigitte Bierlein erneut an. Auch Umweltministerin Maria Patek und Wirtschaftsministerin Elisabeth Udolf-Strobl (von rechts) machen weiter.

Foto: Christian Fischer

gegen unisono mit den Stimmen aller Parlamentsparteien durchging, ist die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft für die Nachfahren von NS-Opfern. Per Entschließungsantrag wurde Innenminister Wolfgang Peschorn zur gesetzlichen Umsetzung verpflichtet. De facto haben Politiker und Ministerialbeamte im Hintergrund seit längerem gemeinsam daran gearbeitet.

Einige der parteifreien Minister legen ihren Job als den eines Sanierers an. Verteidigungsminister Thomas Starlinger etwa hatte gleich zu Amtsantritt eine Soll-und-Haben-Rechnung für das Bundesheer vorgelegt – und vor einer drohenden Pleite gewarnt. Ein Auftritt, der im Kreis der Kollegenschaft durchaus für Diskussionen sorgte, wie zu hören ist. Die Konsequenz, die Starlinger als Akutmaßnahme ziehen wollte, ließen ihm die Parteien dann ohnehin nicht durchgehen. Also fand die Airpower in Zeltweg auch heuer wieder statt. Und auch die Sicherheitsschule in Wiener Neustadt durfte wie geplant eröffnen. Sehr zum Unmut des Ministers, ist zu hören.

Aufräumen als Pflicht

Im Juni, kurz bevor sich das Kabinett Bierlein zum ersten Mal in der Präsidentschaftskanzlei einfand, hatte Van der Bellen bei dessen Zusammensetzung noch ein kräftiges Wort mitgeredet. Das alleine reichte nicht immer. Insbesondere bei der Besetzung des Innenministeriums sollen die ersten „Bewerber" nicht auf parteienübergreifende Zustimmung gestoßen sein. Erst mit Wolfgang Peschorn fand man zu einem türkis-rot-blau-pinken Konsens. Und der war von immanenter Wichtigkeit: Einen neuerlichen Misstrauensantrag sollte es unter keinen Umständen geben.

Wie der Kollege aus dem Verteidigungsressort empfindet auch Innenminister Peschorn Aufräumen als seine Pflicht. Bei einem *ZiB 2*-Auftritt erklärte er ganz entgegen der „Bierlein-Methode" (laut Definition des Regierungssprechers: ruhig und unaufgeregt), die Neuordnung des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung vorantreiben zu wollen. Es war eines der wenigen Interviews aus dem Kreis der Expertenminister. In den allermeisten Fällen überlässt man lieber Sprecher Winterstein das Wort – auch nach den wöchentlichen Ministerräten.

Dass ihnen jetzt mitunter Mutlosigkeit vorgeworfen wird, ärgert manchen Übergangsminister. Auch dass man ab Minute eins mit der Beifügung „Übergang" leben muss, gefällt nicht. Nicht nur, dass die Verfassung eine solche Zuschreibung gar nicht vorsieht. Immerhin stehen und standen während ihrer Regierungszeit auch eine Reihe wichtiger internationaler Termine an – etwa die Bestellung der neuen EU-Kommissionspräsidentin. Im Oktober stellt man sich auf die nächsten langen Nächte ein. Brexit lässt grüßen! Zuletzt besuchte Bierlein gemeinsam mit dem Bundespräsidenten die Uno-Generalversammlung in New York, diesmal ganz im Zeichen des Klimaschutzes. Ein Bereich, in dem Österreich allerdings noch säumig ist. Bis Dezember muss Umweltministerin Maria Patek der EU-Kommission einen überarbeiteten Klima- und Energieplan vorlegen. Revolutionäres ist nicht zu erwarten: Anders als zahlreiche Wissenschafter, denen konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der darin definierten Ziele fehlen, bewertete Patek bereits die Erstfassung als „positiv".

Wenn dann endlich die neue Regierung steht, sollen den Nachfolgern gut geführte Häuser samt To-do-Liste der anstehenden Aufgaben übergeben werden. Ob dann die goldene chinesische Katzenfigur in Bierleins Büro noch winkt? Die Batterie hält sechs Monate.

Angelobung und erste Ratschläge des Präsidenten

Die künftige Regierung müsse sich um die globale Klimakrise kümmern, sagt Van der Bellen

Es ist ein Formalakt, der nach jeder Nationalratswahl fällig ist: die Demission der alten Regierung samt Auftrag zur Fortführung der Geschäfte, bis sich eine neue gefunden hat. Bundespräsident Alexander Van der Bellen hatte dafür Dienstagvormittag das gesamte Kabinett von Kanzlerin Brigitte Bierlein in die Hofburg geladen. Schon zuvor hatte – auch das ist so üblich – die Übergangsregierung ihre eigene Demission bei einem Ministerrat beschlossen.

Wie es bei der Suche nach der neuen Regierung weitergeht? Noch diese Woche will Van der Bellen die Chefs der fünf Parlamentsparteien empfangen. Den Anfang wird am Mittwoch ÖVP-Obmann Sebastian Kurz machen. Nach der Auszählung der letzten Wahlkarten am Donnerstag, wenn also das endgültige Wahlergebnis feststehen wird, wird der Bundespräsident Kurz als Vertreter der stimmenstärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragen. Offen ist freilich, wie lange der ÖVP-Chef dann einen Koalitionspartner suchen muss. Bierlein äußerte am Rande der Zeremonie die Hoffnung, dass die neue Regierung bis Weihnachten steht.

Van der Bellen nutzte die neuerliche Angelobung des Kabinetts Bierlein dazu, einer künftigen Regierung schon einmal Ratschläge mit auf den Weg zu geben, Zwei Punkte nannte er. Erstens: den Klimaschutz. Egal in welcher Konstellation sich eine Regierung findet, sie werde sich „um die globale Klimakrise kümmern müssen". Das Staatsoberhaupt verwies darauf, dass schon im Wahlkampf von den Parteien einige Ideen ventiliert worden seien. Hierzu zählte er auf: ein Klimaschutzkabinett, ein Klimaschutzministerium, die stärkere Einbindung der Wirtschaft oder ein Klimacheck für alle Gesetze. Einige davon seien diskussionswürdig, diese müssten nun aber auch umgesetzt werden: „Wir müssen uns jetzt darum kümmern, dass unser gemeinsames Haus gut versichert ist gegen die möglichen Folgen der Klimakrise."

Vertrauen schaffen

Als zweiten wichtigen Punkt nannte der Bundespräsident: Vertrauen herstellen. Das Vertrauen in die Politik, das durch den Ibiza-Skandal erschüttert worden sei, müsse weiter aufgebaut werden. Und zwar wie? Ganz einfach, sagte Van der Bellen: „Aufeinander zugehen. Einander zuhören. Einander verstehen." Dann gelte es, einen guten Kompromiss zu finden. Das sei der „österreichische Weg". Bierlein und ihren Ministerinnen und Ministern streute er in diesem Punkt Rosen: Er habe als wichtigste Aufgabe am Anfang den Wiederaufbau des Vertrauens in die Politik genannt, und man habe dazu „einen unschätzbar wichtigen Beitrag" geleistet. Das werde auch weiterhin so sein.

Sprach der Bundespräsident und schritt zur neuerlichen Angelobung von Bierlein und ihren Ministern. Auch hier galt business as usual: also per Handschlag und Unterschrift. (red)

Persönliches Exemplar für AOM-Benutzer paovpneussner - (C) APA-DeFacto GmbH. Alle Rechte vorbehalten.